Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus und Garten", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,25 Goldmark einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 Goldmark monatlich exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition u. die Postanstalten in Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324. Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1 Goldmark. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Kopenicker Straße 67/68; Nathenower Straße 3; Durmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 236 und 346; Billhestraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Prenzlauer Straße 1; Müllerstraße 135; Bahnstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Straße 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichtenfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 14; Schöneberg: Hauptstraße 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Köpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 166
Ausgabe für Berlin

54. Jahrgang
Mittwoch, 8. April 1925

Der Wahlaufruf der Demokratischen Partei

Wählt den Kandidaten des Volksblocks! Für Sicherung der Republik und den Wiederaufbau der Wirtschaft.

Für Marx!

Die Demokratische Partei erläßt folgenden Wahlaufruf für **Marx**:

„Vorstand und Ausschuß der Deutschen demokratischen Partei haben in übereinstimmenden Beschlüssen, gemeinsam mit den beiden anderen Parteien der Weimarer Koalition, den **Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft aufgestellt.**

Wir danken noch einmal unserem Kandidaten des ersten Wahlganges, dem Staatspräsidenten Hellpach, für den Arbeitseifer und die Ueberzeugungstreue, die er im Wahlkampfe trotz schwierigster Umstände betätigt hat. Wir hätten gewünscht, Hellpach als gemeinsamen Kandidaten der verfassungstreuen Parteien gewählt zu sehen.

Wir bedauern, daß es nicht zu einer Vereinbarung gekommen ist, der sich alle Parteien, die für die Erhaltung und Festigung des heutigen Staates praktisch eintreten, anschlossen. An Bemühungen, ein solches Abkommen zustande zu bringen, haben wir es vor dem ersten und dem zweiten Wahlgang nicht fehlen lassen. An uns liegt es nicht, wenn diese Bemühungen gescheitert sind. Parteiegoistische und persönliche Voreingenommenheit von anderer Seite haben sie verhindert.

Wir waren und sind der Meinung, daß an der höchsten Stelle des Reiches ein Mann stehen muß, der die **Erhaltung und Fortbildung der heutigen Staatsform und der Weimarer Reichsverfassung** ernsthaft will. Der Reichspräsident darf kein Klassenvertreter sein. **Er darf nicht der vorgeschobene Vertreter von Absichten sein, die auf eine Rückwärtsrevidierung der demokratischen Republik, auf eine Aushöhlung des Geistes des neuen Staates hinarbeiten.** Der Reichspräsident muß ein Mann sein, der das deutsche Volk auf dem schwierigen und dornenvollen Wege der Wiedergewinnung der äußeren Freiheit und Gleichberechtigung ruhig und entschlossen weiterführt. Er muß auch in den noch kommenden außenpolitischen Schwierigkeiten eine klare Führung haben und darf nicht abhängig sein von zwar gut nationalen, aber politisch unreifen Verbänden, die mehr Temperament als Verstand haben.

Es erwies sich als unmöglich, mit den rechts vom Zentrum stehenden Parteien einen solchen Kandidaten zu gewinnen. Immer wieder erwies sich bei ihnen der Parteigeist und die Klassengesinnung stärker als der Wille, ganz und ausschließlich der Nation und dem Staat zu dienen. So blieb nur die Weimarer Koalition als Grundlage eines Volksblocks. Sie hat durch den unter schwierigsten Verhältnissen geführten Wiederaufbau Deutschlands eine nun sechsjährige Gemeinschaftsarbeit geleistet, die der Wiedererstehung und Freimachung einer geachteten deutschen Nation den Weg bahnt. Ohne den Verzicht auf viele eigene Wünsche und Hoffnungen im Interesse des Reiches und der Gesamtheit ist eine Einigung nicht möglich.

Der gemeinsame Kandidat, Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx, entspricht in vollem Umfange den oben dargelegten Eigenschaften, die ein Reichspräsident in den kommenden sieben Jahren entwickeln muß. **Marx hat seinerzeit als Reichskanzler gezeigt, daß er den Weg zu einer neuen deutschen Zukunft klar erkennt. Er hat sich im Inlande und im Auslande das Vertrauen und die Autorität erworben, die zum Wiederaufstieg des Reiches und der Wirtschaft unentbehrlich sind.**

Teile unserer Anhängerschaft stehen, wie wir wissen, der Wahl eines Zentrumsmannes zum Reichspräsidenten nicht ohne ernste Bedenken gegenüber. Sie befürchten, sein Einfluß könne zugunsten einer antiliberalen Kulturpolitik ausgenutzt werden. Nach reiflichster Erwägung hielten unsere Parteiinstanzen diese Bedenken nicht für ausschlaggebend. Wir kennen Marx aus jahrelanger gemeinsamer politischer Arbeit. Wir wissen: wie der verstorbene Friedrich Ebert als Reichspräsident kein sozialistischer Parteipolitiker gewesen ist, so wird Marx als Präsident kein Zentrumspolitiker, sondern ein Führer des gesamten Volkes sein.

Die Kulturfragen liegen mit ihrem Schwerpunkt nicht im Reiche, sondern in den Ländern. Die Rechte hat sich schon im August 1924 bereit erklärt, Marx das Amt des preußischen Ministerpräsidenten zu geben, ein Amt, von dem aus ein viel stärkerer Einfluß auf die Kulturpolitik des größten deutschen Landes ausgeübt werden konnte, als von der Reichspräsidentschaft aus.

In seiner ersten Kundgebung nach der Aufstellung hat Marx eine unumwundene Erklärung folgenden Wortlauts abgegeben: „Mein ganzes Leben hindurch habe ich mich um die Wahrung und Pflege der hohen Güter christlicher und deutscher Kultur bemüht. Gerade in dieser Arbeit wuchs in mir die Erkenntnis, wie reich und vielgestaltig das kulturelle Leben unseres Volkes ist, wie aus den starken Kräften der Ueberlieferung gesundes, neues Leben treibt, wie sehr jedwede echte Ueberzeugung Achtung verdient, und daß ein ruhiges Zusammenleben nur verbürgt werden kann, wenn der Staat die Gewissensfreiheit seiner Bürger gewährleistet, und wenn das Volksleben von gegenseitiger Rücksichtnahme und Duldsamkeit erfüllt ist."

Wir wissen, daß wir in kulturpolitischen Fragen andere Ueberzeugungen haben als Marx und seine Partei. Dieser Gegensatz wird auch weiter bestehen. Wir werden weiter in Kulturfragen einen **freien und entschiedenen Liberalismus vertreten. Aber wir wollen keinen Kulturkampf, keine Unterdrückung unserer katholischen Mitbürger,** keine Herabsetzung der nationalen Ueberzeugungstreue derjenigen, die kulturpolitisch anders stehen. Auch haben wir als liberale Kulturpolitiker kein Interesse daran, das Zentrum in die Bundesgenossenschaft der kulturellen Reaktionäre von rechts zu treiben. Nichts wäre für jeden liberalen Gedanken gefährlicher als ein solches Bündnis.

So fordern wir unsere Anhänger auf, ehrlich und offen für den Kandidaten des Volksblocks, Herrn Reichskanzler a. D. Marx, zu arbeiten. Seine Wahl sichert den neuen Staat, sichert die allmähliche Wiedergewinnung der deutschen Freiheit nach außen, sichert den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft, die das Volk ernähren und ihm den gerechten Anteil an den Lebensgütern verschaffen kann, auf den es nach seinen Leistungen mit Recht Anspruch erhebt.

Die Deutsche demokratische Partei.
Koch. Erkelenz. Bäumer. Hieber. Fischer.

Noch immer kein Rechtsblock-Kandidat.

Tirpitz bei Hindenburg.

Erst „endgültige Ablehnung", dann „volle Entschlußfreiheit"!

In den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages wurde eine Erklärung Hindenburgs bekannt, in der der greise Generalfeldmarschall die ihm angetragene Kandidatur aus sachlichen und persönlichen Gründen endgültig ablehnte.

Die Bekanntgabe dieser Nachricht wirkte in der Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes außerordentlich deprimierend. Man war völlig ratlos, was man nun tun sollte, nachdem man einige Stunden zuvor geschlossen die Kandidatur Hindenburg proklamiert hatte und damit auch alle Schwierigkeiten, welche die Deutsche Volkspartei bereitete, einfach beiseite geschoben hatte. Mit der Bekanntgabe des Telegramms waren natürlich auch an sich die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei gegenstandslos geworden. Nun klammerte man sich noch an einen Strohhalm. Man hatte nämlich **gestern vormittag den Großadmiral v. Tirpitz nach Hannover gesandt, der noch einmal mit dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg verhandeln sollte.** Tirpitz war noch unterwegs oder gerade in Hannover eingetroffen, als das Ablehnungstelegramm bekannt wurde. Das Unglaubliche geschah: der Parteivorstand der Deutschnationalen hielt seinen Beschluß vom Vormittag **auch nach der Ablehnung Hindenburgs am Nachmittag aufrecht.** Man faßte zu gleicher Zeit einen Beschluß, **„daß die Deutschnationale Volkspartei letzten Endes bereit sei, sich für Jarres einzusetzen, falls die Unterredung zwischen Hindenburg und Tirpitz erfolglos** und der Generalfeldmarschall bei seiner Ablehnung bleiben würde." Bemerkenswert ist, daß die Bayerische Volkspartei erklärt haben soll, sie würde bei einer Kandidatur Hindenburg die Parole für diese Kandidatur an ihre Parteianhänger ausgeben, bei einer Kandidatur Jarres jedoch die Parole auf Stimmenthaltung verkünden. Diese Erklärung der Bayerischen Volkspartei hat natürlich auf die Haltung der Deutschnationalen, bei der Kandidatur Hindenburg zu bleiben, ermutigend gewirkt. In Kreisen der Deutschen Volkspartei bezweifelt man, ob nach den Vorgängen des gestrigen Tages Jarres überhaupt noch bereit sein würde, eine Kandidatur für den zweiten Wahlgang anzunehmen.

In später Nachtstunde verbreitete die Telegraphenunion noch folgende Meldung: „Nachdem heute abend Großadmiral v. Tirpitz mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg in Hannover eine Besprechung hatte, kann festgestellt werden, daß allen anderslautenden Mitteilungen entgegen v. Hindenburg sich **noch volle Entschlußfreiheit in der Frage der Annahme oder Ablehnung der Kandidatur vorbehalten hat."**

*

Am Nachmittag also die endgültige Ablehnung, am Abend wieder die „volle Entschlußfreiheit" zur Annahme: es ist ein Jammer, mit anzusehen, wie auch der ehrwürdige greise Feldmarschall wider seinen Willen in das würdelose Schachergeschäft hineingezerrt wird, das der Rechtsblock mit dem höchsten Ehrenamt des Reiches treibt!

(Siehe auch Seite 3.)

Der Kampf um den Schutzzoll.

Amerika als Gläubigerstaat.

Kabeltelegramm unseres Korrespondenten,
Dr. Max Jordan.

Washington, 7. April.

Staatssekretär Hoover hat im Verlauf einer öffentlichen Ansprache vor mehr als zwei Jahren mitgeteilt, daß Europa 1914 Kapitalien in Höhe von rund dreißig Milliarden Dollars im außerkontinentalen Auslande investiert hatte, während die Vereinigten Staaten damals noch mit rund fünf Milliarden an das Ausland verschuldet waren. Seitdem ist aus dem Schuldnerstaate Amerika ein Gläubigerstaat geworden. Ende 1918 hatten die Vereinigten Staaten bereits einen Kreditanspruch von über drei Milliarden Dollars an das Ausland, und heute sind aus den drei bereits fast einundzwanzig Milliarden geworden, denen nur etwa drei Milliarden ausländischer Investierungen in den Vereinigten Staaten gegenüberstehen. (In die Ziffer von einundzwanzig Milliarden sind die Kriegsschulden der europäischen Mächte eingerechnet.) Das Handelsdepartement schätzt, daß Deutschland allein seit der Annahme des Dawes-Planes rund hundert Millionen Dollars an Krediten erhalten hat. Selbstverständlich ist das nur ein Anfang. Es kann nicht wundernehmen, daß die amerikanischen Wirtschafts- und Finanzfachverständigen beginnen, das Anschwellen ausländischer Finanzierungen mit einer gewissen Unruhe zu verfolgen. Das gegenwärtige Auslandsguthaben der Vereinigten Staaten sollte nach zuverlässigen Berechnungen über eine Milliarde Dollars jährliche Zinsen einbringen. Man kann sich von der Höhe dieser Summe ungefähr eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß der Wert des gegenwärtig in der ganzen Welt alljährlich geforderten Goldes nicht einmal halb so hoch ist. Und nun die Frage auf aller Lippen: Wird die Tilgung einer so gewaltigen Zinsschuld ohne ernste Schädigung der amerikanischen Interessen überhaupt möglich sein?

Die Sachlage ist nicht viel anders als zur Zeit der ersten deutschen Zahlungen in die Reparationskasse. Rechnungen auszustellen, ist bekanntlich einfacher, als sie einzuziehen. Nicht nur vom Standpunkte des Schuldners aus. Unter Fachleuten herrscht Uebereinstimmung dahin, daß die Verzinsung und Rückzahlung der Anleihen und Kredite, die Europa gewährt wurden, im wesentlichen nur auf dem Wege von Warenlieferungen erfolgen kann. Die Vereinigten Staaten müßten sonach mit einem starken Wettbewerb der europäischen Exporteure auf allen Weltmärkten rechnen und sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß auch ihr eigenes Territorium vor ausländischer Konkurrenz nicht geschützt bleiben könnte. Europäischer Wettbewerb auf dem inneramerikanischen Markte ist aber durch den gegenwärtig noch gültigen hohen Schutzzolltarif ungemein erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Damit stehen wir im Brennpunkt der Erörterungen, die in den letzten Wochen die hiesigen Handels- und Industriekreise aufs lebhafteste beschäftigt haben und noch geraume Zeit beschäftigen werden.

Der Führer der republikanischen Partei im Senat und persönliche Freund des Präsidenten Coolidge, Senator Butler, gab den Auftakt zu der Diskussion mit einer Rede, die er vor einer geschlossenen Gesellschaft von Textilindustriellen in Boston gehalten hat. Die Tendenz seiner Ausführungen war, als den Standpunkt der Regierung darzulegen, daß die bisherige prohibitive Schutzzollpolitik im Interesse der heimischen Industrie beibehalten werden solle. In einer kurz danach ausgegebenen Erklärung ließ Coolidge bestätigen, daß er in der Tat eine Aenderung des jetzt gültigen Tarifs nicht in Erwägung zu ziehen gedenke. Damit war das Signal zum Sturm gegeben. Die an ausländischen Finanzierungsgeschäften in erster Linie interessierten Großbanken holten zum Gegenstoß aus, und Gerüchte wollen wissen, daß der Schatzsekretär Mellon als ihr Exponent seinem Unmut über Butlers Aeußerungen sehr deutlich Luft gemacht, ja sogar mit Demission gedroht habe. Wie dem auch sein möge, jedenfalls besteht ein Gegensatz zwischen den Interessen der Großbanken und denen der vorwiegend auf Binnenabsatz angewiesenen Industrien. Nach dem Wiederzusammentritt des Kongresses im kommenden Winter wird darum auch ein heftiger Kampf um den Schutzzoll auf allen Fronten entbrennen. Es gehört keine Prophetengabe dazu, seinen Ausgang vorauszusehen.

Die Vereinigten Staaten werden sich über kurz oder lang darüber klar werden müssen, daß sie als Kreditoren der Welt auch die Verantwortlichkeiten einer solchen Position zu übernehmen haben. Während die Politiker sich bis an die Zähne bewaffneten, um jegliche Verwicklung in die europäischen Ereignisse zu verhindern, sind die Ge-